

Pulse of Europe Wiesbaden

Die Linke. Wiesbaden
Büdingenstraße 8
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-36 02 49 55
Mail: Kreisvorstand@dielinke-wiesbaden.de
Web: dielinke-wiesbaden.de

Bankverbindung:
Wiesbadener Volksbank eG
Konto: 430 2605
BLZ: 510 900 00

Datum: 22.06.2017

Antwort auf offenen Brief

Lieber Dirk Vielmeyer,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren offenen Brief zur Zukunft der Europäischen Union, den wir mit Interesse zur Kenntnis genommen haben und gerne beantworten. Zum gemeinsamen Gespräch am 2. Juli stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Adrian Gabriel
LINKE Wiesbaden – Kandidat zur Bundestagswahl

Vorbemerkung

Für mehr internationale Kooperation! Doch was heißt das für die EU?

Die „Globalisierung“ ist längst Wirklichkeit. Täglich durchfließen Waren-, Daten- und Finanzströme die Welt. Globale Krisen wie Klimawandel, Artensterben, Ressourcenverbrauch sowie Spannungen und Kriege gefährden unsere Lebensgrundlagen und führen millionenfach zu Elend und Vertreibung.

Unsere Welt mit inzwischen über 7 Milliarden Menschen und ihren zahllosen Krisen braucht deshalb dringend **mehr internationale Kooperation**, also politische Verständigung und Zusammenarbeit, die über nationalen oder wirtschaftlichen Egoismus hinausweist. Denn egal ob Umwelt, Handel, Sicherheit, Soziales, Menschenrechte oder Frieden: Globale Probleme lassen sich letztlich nur durch internationale politische Kooperation bewältigen.

Doch die gegenwärtige Entwicklung verläuft anders. Die EU-Staaten und Nordamerika stecken in tiefen inneren und äußeren Krisen. Ungleichheit, Abschottung und Spannungen nehmen weltweit zu. Wissenschaftler bezeichnen das Erdzeitalter schon als Anthropozän: Das Zeitalter der für Millionen Jahre sichtbaren Verwandlung der Erde durch den Menschen. Kein Staat, keine Technik, kein Konzern und kein Heiland, werden die damit zusammenhängenden Herausforderungen am Ende für uns lösen. Wir müssten es selbst tun. Aber wie?

Was sind die Grundlagen und Ziele internationaler Kooperation? Ist die EU dabei nützlich? Oder verschärft sie demokratische, soziale, außenpolitische und Umweltprobleme? Lässt sich die EU demokratisch reformieren und zu einem globalen „Problemlöser“ entwickeln? Und welchen Partnern und Akteuren steht sie dabei gegenüber?

Zweifellos ist die EU nach Jahrhunderten erbitterter europäischer Kriege und Erbfeindschaften ein Befriedungssystem nach innen. Die gemeinsame Verwaltung kriegswichtiger Güter, der Abbau von Grenzen, die Angleichung von Rechtsnormen und auch der Binnenmarkt, waren ein historisch einmaliges Projekt. Zeitgleich führen die europäischen Staaten nach außen unzählige (Handels-)Kriege, spaltet der Euro die EU-Staaten, werden Despoten und Diktaturen gestützt, bleibt die EU demokratisch ohne Legitimation und verschärft die soziale Spaltung innen wie außen. Das Massengrab im Mittelmeer und der weitgehende Verlust demokratischer Mindeststandards in Osteuropa, sind mit den hehren Zielen europäischer Menschenrechts- und Demokratievorstellungen nicht vereinbar.

Wenn wir unsere Zukunft nicht den Nationalisten und Autokratien, den Le Pens, Petrys, Trumps und Erdogans dieser Welt überlassen wollen, dann müssen wir so mutig sein uns zu den Zielen internationaler Kooperation zu bekennen: Zu Sozialem Fortschritt, zur Rettung der Umwelt, zum Frieden unter den Völkern und zu unteilbaren Menschenrechten weltweit. Solange die EU, bzw. in der EU nationaler und wirtschaftlicher Egoismus maßgeblich sind, solange also die Prämissen nicht stimmen, wird internationale Kooperation nicht gelingen und im Krisenfall die Gefahr des puren Nationalismus und Wirtschaftsegoismus bestehen bleiben.

Frage PoE: Welches sind aus Ihrer Sicht die drei größten Herausforderungen, denen Europa und die Europäische Union ausgesetzt sind? Mit welchen konkreten Maßnahmen oder Vorschlägen will Ihre Partei diesen begegnen?

Demokratie & Sozialstaat. Frieden & Umwelt. Die Lösung der Probleme Europas liegen weder in den Nationalstaaten, noch in einem „Weiter so!“, sondern in den richtigen Zielen: Einem sozialen, demokratischen, naturschützenden und friedlichen Europa.

Doch die Krise der EU ist tief. Im Süden Europas herrscht in breiten Bevölkerungsschichten Arbeitslosigkeit und Armut. Diese Armut ist in Teilen darin begründet, dass (auch) die Bundesregierung eine Politik der Austerität betreibt. Dabei haben sich die Staaten Europas zur Lösung der Bankenkrise erneut verschuldet und sollen jetzt auf Kosten der Mehrheit diese Schulden wieder an die Banken zurück zahlen. Die Bundesregierung betreibt vor der Bundestagswahl eine Politik, die der eines Donald Trump nicht unähnlich ist. Ihre Überschrift könnte lauten: „Germany first!“. Denn selbst nachdem offenkundig wird, dass die Sparpolitik Griechenland immer tiefer ins Desaster führt, ist die Regierung in Berlin vor den Wahlen zu keinen Zugeständnissen bereit. Verlierer sind auch der deutsche Mittelstand und ökonomisch Schwächere hier bei uns, nicht nur wegen der Niedrigzinsen: Die Bundesschuld ist durch die Bankenkrise um 500 Milliarden gestiegen – ohne dass ein einziger Verantwortlicher zur Rechenschaft gezogen wurde. Banken, große Kapitalanleger und der Bundeshaushalt profitieren hingegen in Milliardenhöhe.

Mit dem Brexit-Referendum wurde spätestens klar, dass das Auseinanderbrechen der EU eine reale Gefahr ist.

Um das zu verhindern, brauchen wir echte Schuldenschnitte und ein Ende der Spekulation gegen den Euro durch die Direktvergabe von Krediten durch die EZB sowie endlich ein Ende des Ratings von Staaten. Auch die Finanztransaktionssteuer, zimal versprochen und nie umgesetzt, würde die Spekulation eindämmen und Spielräume schaffen, um den Sozialstaat auszubauen und Investitionen zu realisieren. Statt ständiger Umverteilung von oben nach unten bräuchte es endlich eine Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerdumping - das wäre letztlich auch ein Programm gegen den steigenden Rassismus und Nationalismus. Europa muss in den Köpfen und Herzen der Menschen wieder als positives soziales und fortschrittliches Projekt wahrgenommen werden.

Ein weiteres zentrales Problem der EU ist der Zustand der Währungsunion: Gregor Gysi hat 1998 bei der Abstimmung über den Euro im deutschen Bundestag gesagt: „man kann einen Kontinent nicht über Geld einen!“- diese Aussage bleibt aktuell und richtig.

Vor allem kann man keine Gemeinschaftswährung schaffen, wenn man gleichzeitig an den Prinzipien des Standortwettbewerbs festhält. Es muss sich der Gedanke durchsetzen, dass wir in Deutschland nichts davon haben, wenn wir mit Lohn- und Produktivitätswettbewerb andere Europäische Staaten niederringen. Das macht in

einer gemeinsamen Währung keinen Sinn, sondern erzeugt kaum auflösbare Spannungen. Deutschlands Exportüberschüsse führen zur Verschuldung anderer Staaten. Deutschland müsste – wie sogar von der EU, OSZE und IWF gefordert – die Binnenkaufkraft durch Löhne und Renten stärken, statt immer weiter zu spalten.

Wir brauchen eine starke Regulierung des Finanzsektors: Das Investmentbanking ist als Geschäftsmodell unmenschlich, unethisch und muss abgewickelt werden. Private Großbanken müssen unter öffentliche Kontrolle. Außerdem muss ein Finanz-TÜV eingeführt werden und eine öffentliche Ratingagentur geschaffen werden.

Europa und die europäischen Staaten müssen zudem ihre Außenpolitik dringend verändern. Es braucht Friedensinitiativen und Abrüstung. Das Ziel nun sogar 2% des BIP für Militär und Rüstung auszugeben, lehnen wir entschieden ab. Das würde ein Anwachsen, alleine des deutschen Rüstungsetats, um 30 Milliarden Euro bedeuten! Vielmehr läge die Zukunft Europas im Frieden nach innen und außen.

Frage PoE: Am 25. März 2017 haben führende Vertreter von 27 EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in Rom eine Erklärung zu den nächsten zehn Jahren der Union abgegeben. Diese Erklärung ist allerdings abstrakt und beinhaltet kein konkretes Maßnahmenprogramm. Greifen Sie bitte drei Aspekte der Erklärung heraus und erläutern Sie, wie Ihre Partei und Sie diese in praktische Politik umzusetzen vorschlagen. Alternativ bitten wir Sie, Aspekte herauszugreifen, die Ihre Partei und Sie nicht unterstützen. Bitte erläutern Sie in diesem Fall die Gründe dafür.

Ein grundsätzlich zu unterstützendes Ziel ist **mehr Solidarität** untereinander, schon deshalb, weil sich in den vergangenen Jahren der Eindruck aufdrängen musste, dass die vielzitierte Solidarität untereinander wenig wert ist. Sobald nationale und wirtschaftliche Interessen mitspielten, wurden Entscheidungen gegen Bevölkerungen (wie zum Beispiel in Griechenland, Spanien, Deutschland) erzeugt. Die konsequente Weigerung der osteuropäischen Staaten Flüchtlinge aufzunehmen, ist ein Armutszeugnis der „Gemeinschaft“ und der „EU-Werte“.

Es müsste also einen solidarischen Neustart geben, entlang der Bedürfnisse der Mehrheit der europäischen Bevölkerung. Ein Ansatzpunkt war die europäische Sozial-Charta. Beim jetzigen Zustand der EU müsste dieser Neustart allerdings von unten verwirklicht werden, damit die EU vom Kopf auf die Beine gestellt und im Sinne seiner Bevölkerung entwickelt wird. Wir unterstützen soziale Bewegungen, Gewerkschaften und politische Initiativen um diesen Neustart zu erreichen.

In der Diskussion um den Süden Europas wurde **das Einhalten von Regeln** ständig gefordert. Dabei wurden lediglich die Regeln herausgegriffen, die im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands bzw. deutscher Unternehmen waren.

Es wäre allerdings wichtig, dass sich Deutschland an das 2% Inflationsziel hält und es nicht permanent durch zu niedrige Löhne und Sozialleistungen untergräbt und so für seine Exportüberschüsse sorgt, die nur zur weiteren Verschuldung von Staaten führen.

Ein wichtiger Beitrag dazu kann ein Mindestlohn von 12€ sein, wie wir ihn fordern, aber auch höhere Renten und Sozialleistungen wären ein wichtiger Beitrag. Wir unterstützen Gewerkschaften bei ihrem Kampf um gerechte Entlohnung.

Eine **sozialökologische Wende** könnte eine große Chance für Europa sein. Auch wenn man den Wachstumsfetisch kapitalistischer „Wirtschaftsordnungen“ kritisieren muss, hätte Europa eine große Chance in ökologisch nachhaltigem Wachstum, Investitionsprogramme in moderne Mobilität und erneuerbare Energien, sowie einen gut ausgebauten handlungsfähigen Sozialstaat. Europa könnte tatsächlich ein glaubwürdiger Vorreiter im Umwelt- und Klimaschutz sein und gleichzeitig die sozialen Menschenrechte wahren. Eine sozialökologische Wende ist Teil unseres Wahlprogramms.

Negativ bewertete Aspekte:

Europa könnte ein Beispiel für Friedfertigkeit und diplomatische Lösungen sein. Sicher brauchen wir nicht noch mehr Verschwendung von Steuergeldern für Rüstung. Diese Gelder wären in einem funktionierenden Sozialstaat oder im Bildungssystem immer besser aufgehoben. Zumal die Kriegseinsätze der letzten Jahre die Welt nicht friedlicher gemacht haben- wer Fluchtursachen glaubhaft bekämpfen will, der muss Kriege verhindern.

DIE LINKE tritt für eine Stärkung der OSZE als wichtiges Format der europäischen Kooperation ein. Und: Wir brauchen eine auf Entspannung orientierte Außenpolitik.

Wettbewerbsfähigkeit. Die Zukunft der Welt liegt nicht im Wettbewerb von Wirtschaftsräumen, Ländern und Kontinenten, sondern in deren **Kooperation**. Wirtschafts- und Währungssysteme müssen in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Nur weil Konzerne und Unternehmen im Wettbewerb sind, macht dieses System auf Ebene der Entwicklung und Zusammenarbeit noch lange keinen Sinn.

Die Bedrohungen durch die Klimakatastrophe sind zu real, als dass wir uns auf unsere Standort- und Wettbewerbsvorteile zurückziehen können.

Gesicherte Außengrenzen. Der Grenzschutz dient nicht einem Angriff von Armeen. Geschichtlich wurde Europa höchst selten, aber die Welt von Europa sehr oft angegriffen. Die Wahrheit ist: Tausende von Menschen ertrinken im Mittelmeer oder kommen auf der Flucht vor Krieg und Elend ums Leben, weil wir Europäer diese Menschen nicht aufnehmen wollen. Dabei schließt Europa Deals mit Autokraten und Diktatoren. Auch „Auffanglager“ außerhalb der EU lehnen wir ab. Was wir stattdessen brauchen sind sichere Fluchtwege nach Europa.

Die Europäische Union wird von vielen Bürgern als zu bürokratisch und nicht greifbar empfunden. Viele bemängeln ein Demokratiedefizit und haben das Gefühl, zu wenig Einfluss ausüben zu können. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um dem entgegenzuwirken? Glauben Sie, dass es institutioneller Reformen bedarf? Wenn ja, welcher?

Viele Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht den Eindruck, dass die EU nicht demokratisch funktioniert. Trotz aller möglichen Erklärungsgründe für die Schwierigkeit 28 Staaten demokratisch zu konstituieren: Das sogenannte EU-Parlament ist rechtlich gar kein Parlament, denn es hat keinerlei Initiativrecht für Gesetze. Die Wahl- und Entscheidungsverfahren der EU-Institutionen werden demokratischen Ansprüchen in keiner Weise gerecht. Leider gibt es aus der EU selbst auch kaum Anregungen, dies zu verändern.

In der Öffentlichkeit wird Europa zudem weitgehend wahrgenommen als die undemokratisch entfernte politische Ebene, auf der Sparbeschlüsse, Bürokratiemonster, Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen beschlossen und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durchgesetzt werden. Die EU macht sich auch durch Skandale so gut es geht selbst unbeliebt.

Dem gegenüber müsste eine solidarische und föderative Struktur entwickelt werden, die die Lebensbedingungen aller Bevölkerungsschichten verbessert und einen Ausgleich zwischen den Regionen schafft. Europa sollte mit Hoffnung verbunden sein und nicht mit Perspektivlosigkeit und Austerität.

Die EU kann durch Bewegungen von unten, ein Aufstehen der Menschen in Europa für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, verändert werden. Der Gedanke der Aufklärung ist, auf die Durchsetzung von Moral und Verstand ist europäisch. Die Hoffnung auf eine friedliche Welt ohne Grenzen ist ein linkes Projekt. Wir wollen die Rechte der Parlamente stärken. Das EU-Parlament ist die demokratische Institution und sollte in seinen Kompetenzen gestärkt werden- grundlegende Entscheidungen gehören ins EU-Parlament, auch die EZB gehört unter parlamentarische Kontrolle.

Die EU Kommission trifft wichtige Entscheidungen, ist aber nicht direkt gewählt. Zur Durchsetzung von Sparpolitik ist die sogenannte Troika entstanden, die durch keine demokratische Institution wirklich legitimiert ist und in den meisten Fällen nur die Interessen von Banken und Industrie vertritt, oder einzelnen, sehr starken Nationalstaaten innerhalb der EU.

Europa braucht mehr Beteiligung der Menschen durch Wahlen und direkte Abstimmungen durch Volksentscheide.